
Beratungsunterlage zu TOP 3 der 15. Sitzung

Hubertus Zdebel, MdB: Kommission und Nationales Entsorgungsprogramm

- Umgang mit leicht- und mittelradioaktiven Abfällen
 - Eingangslager für bis zu 500 Castor-Behälter am Standort des zu findenden Dauerlagers
-



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit
Sprecher für den Atomausstieg der
Fraktion DIE LINKE.

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Kommission Lagerung radioaktiver Abfälle
Geschäftsstelle

Mit der Bitte um Zusendung an alle Mitglieder

Berlin, 10.09.2015

Bezug:

Anlagen:

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

Dirk Seifert,

Wiss. Mitarbeiter Atomausstieg

Telefon: 0151 40095722

Email: mail@dirkseifert.net

Kommission und Nationales Entsorgungsprogramm – Umgang mit leicht- und mittlerradioaktiven Abfällen – Eingangslager für bis zu 500 Castor-Behälter am Standort des zu findenden Dauerlagers.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der erfolgten Vorlage des von der Bundesregierung beschlossenen Nationalen Entsorgungsprogramms – gegen dessen Entwurf fast 70.000 „Einwendungen“ von BürgerInnen und Verbänden beim Bundesumweltministerium eingegangen waren – ist nun eine Diskussion über den Umgang der Kommission und seinen Arbeitsgruppen mit den dort gemachten Festlegungen im Gange. Diese Diskussionen sind erforderlich, weil die Bundesregierung das Programm ausdrücklich unter den Vorbehalt der Beratungen in der Kommission gestellt hat. Hierbei geht es derzeit um die Frage, ob und wie eine gemeinsame Lagerung von leicht- und mittlerradioaktiven Abfällen, vor allem der ASSE und der Urananreicherung in Gronau, gemeinsam mit hochradioaktiven Abfällen möglich sein kann.

Diese Entscheidung hat – das wurde bereits im Mai dieses Jahres deutlich – gravierende Bedeutung, nicht zuletzt weil sie unter Umständen die Frage nach einem dritten Endlager indirekt auf die Tagesordnung setzt, sofern eine nachträgliche Erhöhung des Einlagervolumens im Schacht Konrad nicht erfolgen soll und eine gemeinsame Lagerung dieser Abfälle mit den hochradioaktiven Abfällen nicht sinnvoll ist – wie die AG3 in der Tendenz andeutet.

Aufmerksam möchte ich aber auf einen weiteren Punkt aus dem NaPro machen, der bislang nicht genannt wurde, aber m.E. überaus große Bedeutung für die künftige Endlagersuche haben dürfte. Im NaPro wird ein so genanntes Eingangslager am Standort des zu findenden Endlagers genannt, welches nach einer Standortentscheidung sofort errichtet werden soll. In der Strategischen Umweltprüfung, die vom Öko-Institut durchgeführt wurde, ist über dieses Lager zu lesen, dass es für die Aufbewahrung von bis zu 500 Castor-Behältern vorgesehen ist.



Diese hohe Zahl ergibt sich – das haben auch die Diskussionen in der Kommission schon gezeigt - aus den auslaufenden Genehmigungen der derzeitigen Zwischenlager (z.B. Ahaus und Gorleben um die Mitte der 2030er Jahre). Bis zur Inbetriebnahme des angestrebten „Endlagers“ und der dann Schritt um Schritt folgenden Verbringung der Castoren dorthin, würde für Jahrzehnte eine oberirdische Lagerung einer großen Zahl von Castoren stattfinden.

Dieses im NaPro genannte Eingangslager dürfte vermutlich nicht nur aus meiner Sicht die Anforderungen an eine Standortsuche für ein Lager für hochradioaktive Abfälle gegenüber den bisherigen Diskussionen in der Kommission deutlich verändern. Es gilt künftig also nicht nur ein möglicherweise unterirdisches Dauer-Lager möglichst im gesellschaftlichen Konsens mit dem Einverständnis einer regionalen Bevölkerung zu finden. Auch eine längerfristige oberirdische Lagerung von hochradioaktivem Atommüll muss dabei nun in vollem Umfang einbezogen werden.

Diese Anforderungen sind nicht nur in technischer Weise eine Aufgabenerweiterung der Kommissionsarbeit, die aus dem Beschluss der Bundesregierung und dem dort gemachten Vorbehalt einer Befassung durch die Kommission resultiert. Beide Themenfelder müssen daher m.E. Eingang in die Beratungen der Kommission finden und auch in einem zu erstellenden Bericht in geeigneter Weise Aufnahme finden. Nur so können diese auch zum Gegenstand der angestrebten Öffentlichkeitsbeteiligung werden.

Ich bitte daher dringlich darum, das NaPro in der Kommission einer Analyse zu unterziehen, welche der dort genannten Themen für die Kommission und den zu erstellenden Bericht unbedingt zu berücksichtigen sind, und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Die Glaubwürdigkeit vor allem mit Blick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung während der Kommissionsphase und später im Rahmen des StandAG ist aus meiner Sicht davon maßgeblich betroffen.

Mir ist bewusst, dass dies in dieser späten Phase der Laufzeit der Kommission bis Ende Juni 2016 zu einer erheblichen, kaum noch lösbaren Anforderung führt. Allerdings dürfte eine nicht ausreichende Befassung mit dem von der Bundesregierung beschlossenen NaPro erhebliche negative Folgen für das Ergebnis der Kommission und mehr noch für die weitere Suche nach einem Dauerlager für hochradioaktive Abfälle haben.

Mit freundlichen Grüßen

